

SAFER WORLD is a private independent international internet information network

www.safer-world.org

newsletter 89 / 12. 09. 2005

CHEMIKALIEN - POLITIK - REACH

Von Greenpeace: 08.09.05

Giftcocktail per Nabelschnur / WWF und Greenpeace: Umweltgifte werden schon im Mutterleib auf Babys übertragen

Hamburg (ots) - Ungeborenes Leben ist bereits einer Vielzahl von Chemikalien ausgesetzt. Die heute veröffentlichte Studie "A Present for Life" ("Geschenk fürs Leben") von Worldwide Fund for Nature (WWF) und Greenpeace belegt, dass Industriechemikalien über die Nabelschnur direkt in den Körper des ungeborenen Kindes gelangen können. Die in Blutproben gefundenen Substanzen können für Mutter und Kind gesundheitsschädlich sein oder die körperliche und geistige Entwicklung des Kindes beeinträchtigen. Greenpeace und der WWF fordern, dass durch das neue EU-Chemikaliengesetz REACH gefährliche Chemikalien durch sichere Alternativen ersetzt werden. Die erste Lesung des Gesetzestextes für REACH (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien) soll im November im EU-Parlament stattfinden.

In Kooperation mit der niederländischen Universität Groningen wurden 42 Mutterblut,- und 27 Nabelschnurblutproben von werdenden Müttern auf acht Chemikaliengruppen untersucht. Die Proben enthielten unter anderem bromierte Flammschutzmittel, künstliche Moschusduftstoffe und das verbotene Pestizid DDT. Die Industriechemikalien entweichen aus Alltagsprodukten wie Konservendosen, Kleidungsstücken oder Lebensmittelverpackungen. Auch Plastikspielzeug, beschichtete Pfannen, Kosmetikartikel und Computer setzen solche Stoffe frei. Über den Hautkontakt, die Nahrung oder beim Atmen gelangen sie in die menschliche Blutbahn.

"Chemiefirmen wie BASF und Ciba behaupten, dass Chemikalien heute kein Problem mehr sind", sagt Chemieexpertin Ulrike Kallee von Greenpeace. "Diese Ergebnisse zeigen hingegen, dass Kinder nicht einmal im Mutterleib vor Schadstoffen sicher sind. Dabei reagieren Föten und Neugeborene besonders sensibel auf Schadstoffe".

"Die Reform der EU-Chemiegesetzgebung ist überfällig. Die Schlupflöcher im derzeitigen Entwurf der Gesetzgebung müssen geschlossen werden", sagt Karl Wagner, Leiter der Chemiekampagne beim WWF International. "Nach wie vor wollen zahlreiche Firmen nicht auf gesundheitsgefährdende Substanzen verzichten. Nur mit gesetzlichen Maßnahmen können Innovationen in der Chemieindustrie vorangebracht werden, um Risikostoffe durch sichere Alternativen zu ersetzen."

REACH bietet die Chance, Mensch und Umwelt vor den negativen Auswirkungen schädlicher Chemikalien zu schützen. Dazu ist es nötig, die schädlichsten Stoffe zu identifizieren und aus dem Verkehr zu ziehen. "Ziel muss es sein, Chemieproduzenten in die Verantwortung zu nehmen und sie für die Langzeitwirkungen ihrer Produkte haftbar zu machen", so Kallee.

Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an Ulrike Kallee, Tel. 040-30618-328 oder die Pressesprecher Jörn Ehlers (WWF), Tel. 030-308742-12 und Simone Miller (Greenpeace), Tel. 040-30618-343. Eine deutsche Zusammenfassung der Studie (3 Seiten) lassen wir Ihnen gerne zukommen. Die ganze Studie finden Sie im Internet: www.wwf.de und www.greenpeace.de

08.09.2005

Chemikalienverordnung REACH: Greenpeace-Studie sorgt für neuen Zündstoff
BRUESSEL. Eine von Greenpeace und dem Worldwide Fund for Nature (WWF) gemeinsam in Auftrag gegebene Studie ergab, dass Umweltgifte bereits im Mutterleib auf Kinder übertragen werden können. ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14443&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Aus: Aktuelles EU-FrauenNews Hiltrud Breyer MdEP Nr. 3/05

REACH: Frauenausschuss macht sich für VerbraucherInnen stark

Der EP-Frauenausschuss hat seinen Bericht zur Reform der Chemikalienpolitik REACH (Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals) verabschiedet. Der Ausschuss hat unser Anliegen untermauert, dass der Schutz von Frauen, ihren Familien und der Umwelt vor giftigen Stoffen zentral bei der Neuordnung der Chemikalienpolitik sein muss. Von den meisten chemischen Stoffen, mit denen wir täglich in Berührung kommen, wissen wir nichts über ihre Wirkungsweise und ihre Gefährlichkeit. Von 95% der vermarkteten Stoffe fehlen die grundlegendsten Daten. Das EU-Chemikalienrecht hat in punkto VerbraucherInnen-Schutz bisher versagt und muss deshalb dringend verbessert werden.

Die Abgeordneten im Frauenausschuss machen sich für folgende Regelungen stark: - Registrierung aller gefährlichen Substanzen in Erzeugnissen, deren Konzentration höher ist als 0,1 Prozent. Damit wir Klarheit über und Schutz vor gefährlichen Substanzen haben, brauchen wir strenge Grenzen, ab denen Stoffe registriert werden - die EU-Kommission wollte sich in ihrem Entwurf nicht auf solche eindeutigen Werte festlegen.

- Aufnahme in den Gesetzestext, dass REACH nicht nur die Chance zum Schutz der Gesundheit der ArbeitnehmerInnen bietet, sondern dass besonders schutzbedürftige Gruppen, wie beispielsweise schwangere Frauen, Neugeborene oder Kinder, berücksichtigt werden müssen. Ein sehr positives Ergebnis. Bereits in der Schwangerschaft chemische Stoffe von der Mutter an den Fötus weitergeben und können zu Schädigungen führen.

- Verbesserte Möglichkeiten für VerbraucherInnen, sich über schädliche Stoffe zu informieren und sich davor zu schützen. Denn ChemieproduzentInnen sollen verpflichtet werden, Informationen über Stoffe in Erzeugnissen zu übermitteln. Außerdem müssen besonders besorgniserregende Stoffe gekennzeichnet werden.

Allerdings müssen wir GRÜNEN weiter Druck machen, damit dieses positive Ergebnis in die weiteren Entscheidungen des Parlaments und der Kommission eingeht. Im Herbst steht im federführenden Umweltausschuss sowie im Binnenmarkt- und im Industriausschuss die Abstimmung der jeweiligen REACH-Berichte an. Das Parlament soll im November sein Votum abgeben. Die Kommission wird dann Rat und Parlament einen geänderten Vorschlag unterbreiten.

-REACH-Bericht: www.europarl.eu.int/meetdocs/2004_2009/documents/PA/562/562492/562492de.pdf

-Resolution der Frauen aus Naturwissenschaft und Technik für ein starkes REACH:
www.finut05.finut.net

-WECF (Hrsg.): Frauen für eine giffreie Zukunft, Chemikalien im Alltag. www.wecf.org

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Auszug aus dem mobilfunk_newsletter:

Unterschriftenlisten des Freiburger Appells an WHO übergeben

Bzgl. des Appells liegen die folgenden Zahlen vor:

36.990 Unterschriften aus dem In- und Ausland, davon mehr als 1.000 Ärzte. Diese Zahl stammt von Fr. Stöcker, die die Unterschriftenlisten der WHO übergeben hat.

Omega siehe hierzu auch „Freiburger Appell“ unter: <http://omega.twoday.net/stories/943294/>

31.08.2005

Kein Nachgeben bei der Handymastensteuer

An der Handymastensteuer wird nicht gerüttelt. Das hat LH Erwin Pröll (ÖVP) in der TV-Sendung "NÖ-heute" am Mittwochabend bekräftigt. Er kritisierte auch die aus seiner Sicht verantwortungslosen Mobilfunk-Manager.

"Ein Kampf mit den Wirtschaftslobbys"

Wirtschaft brauche auch Verantwortung. Die Steuer sieht er als Druckmittel, die Handybetreiber an diese Verantwortung zu erinnern.

Pröll äußerte scharfe Kritik an aus seiner Sicht verantwortungslosen Managern, denen die Politik entgegentreten müsse. Deshalb werde es immer mehr ein Kampf zwischen der Politik und den mächtigen Wirtschaftslobbys, so Pröll. Nicht nur in Niederösterreich, sondern auf der ganzen Welt, so der Landeshauptmann.

"Neo-Liberalismus ist eingekehrt"

"Und zwar deswegen, weil mittlerweile weltweit ein Neo-Liberalismus eingekehrt ist, nach dem Motto: Was kostet die Welt, ohne sich dabei zu kümmern, wer auf der Strecke bleibt", so die Kritik von LH Pröll.

Mit der Steuer betreibe das Land Niederösterreich nachhaltige Wirtschaftspolitik, so Pröll.

<http://noe.orf.at/stories/55099/> (Auszug)

Neue Untersuchungen bestätigen Gefahr von Mobilfunk-Strahlung

WIEN. Die Diskussion um den Mobilfunk ist seit gestern um eine Facette reicher: Nach einer schwedischen Untersuchung warnt auch die Österreichische Ärztekammer (ÖAK) vor der Mobiltelefonie.

Eine aktuelle Untersuchung aus Schweden, die in zwei Fachmagazinen veröffentlicht wurde, bestätigt: Das Mobiltelefon zeige auf allen naturwissenschaftlichen Nachweisebenen Schädigungen der menschlichen Erbsubstanz. Zu dem gebe es laut der Untersuchung ein erhöhtes Risiko für gewisse Tumore. Besonders gefährdet sei dabei der Hörnerv. Erstmals wurde jetzt auch nachgewiesen, dass bösartige Gehirntumore auch nach langjähriger Verwendung von Mobiltelefonen und Schnurlostelefonen entstehen können.

Mit diesen Studien im Petto folgt jetzt die ÖAK der Empfehlung der Wiener Ärztekammer, zu mehr Sorgfalt mit mobilen Kommunikationsmitteln vor allem für Kinder. "Es geht wie bei vielen Umwelt- und Lebensstilfaktoren auch bei elektromagnetischen Feldern und Strahlungen um die Dosis. Und die kumuliert im Laufe der Jahre, wie die aktuellen Studien zeigen. Kinder sollten Funktelefone deshalb grundsätzlich nicht verwenden", sagt der Referent für Umweltmedizin in der ÖAK, Gerd Oberfeld.

Die heimischen Mobilfuncker wehrten sich gestern vehement gegen die Warnung: Es handle sich dabei um "ein weiteres Scharmützel im unreflektierten Feldzug der Österreichischen Ärztekammer gegen mobile Funktechnologien", so die Kritik des Forum Mobilfunk (FMK).

(seite nicht mehr im web)

dazu auch: <http://omega.twoday.net/stories/944702/>

=====

GENMODIFIZIERTES SAATGUT - POLITIK

Offener Brief – Position der CDU zur Agro-Gentechnik

Unterzeichner: siehe unten

An die CDU-Vorsitzende Frau Dr. Angela Merkel
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrte Frau Merkel,

mit großem Interesse verfolgen wir Ihr lebhaftes Engagement, Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Die christliche Werteorientierung Ihrer Partei bietet wichtige Ansätze für einen umweltbewussten Fortschrittsbegriff. Gerade deswegen stellen sich uns in Bezug auf die Position der CDU zur Gentechnik in der Landwirtschaft einige Fragen.

Für uns ist von entscheidender Bedeutung, dass der Einsatz der Agro-Gentechnik eine mittelständische konventionelle und ökologische Landwirtschaft auch langfristig nicht gefährdet. Denn diese bildet eine unverzichtbare stützende Säule im ländlichen Raum, und die Mehrheit der Landwirte sieht ihre wirtschaftliche Zukunft nur dann gesichert, wenn eine gentechnikfreie Produktion weiterhin möglich bleibt.

Mit Sorge und Unverständnis haben wir deshalb in den letzten Wochen Ankündigungen Ihrer Partei verfolgt, wesentliche Prinzipien des bereits in Kraft getretenen ersten Teils des Gentechnikgesetzes wieder auszuhebeln. Wir befürchten, dass die CDU sich nicht für die Interessen der Landwirte und Verbraucher einsetzen wird, die weiterhin ohne Gentechnik produzieren und essen wollen, und Naturschutzbelange einfach ignoriert. Wir befürchten, dass die CDU ihre Mehrheit nutzt, um

- die Koexistenz einer Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik unmöglich zu machen,
- die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, die beinhaltet, sich auch in Zukunft noch für garantiert gentechnikfreie Lebensmittel entscheiden zu können, abzuschaffen und
- Mindestkriterien zum Schutz der Natur systematisch zu unterlaufen.

Ihre Partei hat angekündigt,

- das Standortregister unbrauchbar zu machen. Bisher gilt: Wer wissen will, ob in seiner Gemeinde oder Gemarkung gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden sollen, kann dies drei Monate vor Anbaubeginn über ein im Internet abrufbares Standortregister in Erfahrung bringen. Diesen freien Zugang will die Union versperren. Sie will, dass Flächen, auf denen gentechnische veränderte Pflanzen wachsen sollen, erst drei Wochen vor der Aussaat im Netz stehen. Nur noch Landwirte, Imker, Grundstückseigner und Naturschutzverwaltungen sollen nach erheblichem bürokratischen Aufwand Informationen darüber erhalten, ob der Anbau in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft stattfindet. Auch die Größe der Anbauflächen soll geheim bleiben und allein im nicht öffentlich zugänglichen Teil des Registers verzeichnet werden.

Wir fragen Sie: Bleibt die CDU dabei? Will sie die Flächen, auf denen gentechnisch veränderte Pflanzen ausgesät werden, zum Insiderwissen machen? Will sie Landwirten, die weiterhin ohne Gentechnik arbeiten wollen, keine Chance einräumen, sich gegen gentechnische Verunreinigungen zu schützen? Will sie es Landwirten unmöglich machen, sich mit ihren Nachbarn auf Anbaupläne zu verständigen? Will sie es Naturschutzverbänden unmöglich machen, potentielle Risiken durch den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Schutzgebieten zu verfolgen? Will sie vor der Öffentlichkeit verbergen, wie groß die Fläche ist, auf der in Deutschland gentechnisch veränderte Pflanzen wachsen?

- Kontamination vor Koexistenz zu stellen. Bisher gilt: Wenn sich herausgestellt hat, dass für bestimmte Kulturen eine Koexistenz von gentechnisch veränderten mit konventionell und biologisch angebauten Pflanzen unmöglich ist, muss der Anbau der gentechnisch veränderten Pflanzen abgebrochen werden. Dieses in § 1 Nr. 2 festgeschriebene Koexistenzziel des Gesetzes will die CDU streichen. Sie will den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auch dann noch zulassen, wenn sich längst herausgestellt hat, dass eine Vermischung von Produkten mit und ohne Gentechnik von der Ausnahme zur Regel geworden ist.

Wir fragen Sie: Bleibt die CDU dabei? Will die CDU die Interessen der wenigen, die auf eine neue Produktionsweise setzen, über die Interessen der vielen stellen, die keinerlei Anlass sehen, ihre bisherige Produktionsweise aufzugeben? Will sie zulassen, dass eine kleine Gruppe von Landwirten, die das Problem gentechnischer Verunreinigungen nicht in den Griff bekommt, die Absatzmärkte ihrer Berufskollegen gefährdet und den Wettbewerbsvorteil der deutschen Landwirtschaft insgesamt aufs Spiel setzt, die heute die weltweite Nachfrage nach gentechnikfreien Produkten bedienen kann? Will die CDU die Wahlfreiheit der Verbraucher und Verbraucherinnen darauf beschränken, sich künftig allein zwischen mehr oder weniger gentechnisch verunreinigten Produkten entscheiden zu können? Will die CDU mit der Aussaat von nicht koexistenzfähigen Pflanzen wie Raps oder Sonnenblumen eine Kontamination der gesamten Landschaft in Kauf nehmen?

- die Gesamtschuldnerische Haftung zugunsten eines nicht definierten „Ausgleichsfonds“ abzuschaffen. Bisher gilt: Wenn sich nicht zuordnen lässt, wer die gentechnische Verunreinigung der Ernte seines Nachbarn verursacht hat, greift die gesamtschuldnerische Haftung. Damit kann jeder Landwirt, der gentechnisch veränderte Pflanzen anbaut, in einem bestimmten Umkreis für ökonomische Schäden bei gentechnikfrei wirtschaftenden Betrieben zur Rechenschaft gezogen werden. Die CDU favorisiert eine andere Lösung: Sie will alle Landwirte, die die – bisher nirgends festgelegte – „Gute Fachliche Praxis“ des Gentech-Anbaus eingehalten haben, von der Haftung befreien. Ansprüche der Nachbarn auf finanzielle Entschädigung für durch gentechnische Verunreinigungen erlittene ökonomische Schäden sollen durch einen Ausgleichsfonds bestritten werden. Dabei lässt die Union offen, wer diesen finanzieren soll.

Wir fragen Sie: Bleibt die CDU dabei? Wann legt sie dar, wer den Ausgleichsfonds speisen soll? Will die CDU die Hersteller transgenen Saatguts zur Einzahlung in den Fonds verpflichten? Wie will sie das tun? Diese haben wiederholt betont, sich daran keinesfalls zu beteiligen, und eine gesetzliche Handhabe, sie dazu zu verpflichten, gibt es nicht. Will die CDU die Landwirte, die Gentech-Pflanzen anbauen, zur Einzahlung in den Fonds verpflichten? Wie will sie das tun? Landwirte finden kein Versicherungsunternehmen, das das finanzielle Risiko des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen abdeckt. Will die CDU die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zur Einzahlung in den Fonds verpflichten? Es wäre geradezu absurd, Verbraucher und Landwirte, die die Agro-Gentechnik ablehnen, einer Gentech-Steuer zu unterwerfen! Oder will die CDU die gesamtschuldnerische Haftung streichen, ohne einen seriös finanzierten Ausgleichsfonds vorzulegen? Will die CDU, dass Landwirte in Deutschland im Falle einer gentechnischen Verunreinigung ihrer Ernten keinerlei Entschädigung erhalten? Will die CDU, dass Landwirte, die durch die Unverkäuflichkeit ihrer gentechnisch verunreinigten Ernten Abnehmer und Absatzmärkte verlieren und keinen finanziellen Ausgleich erhalten, ihre Betriebe schließen müssen?

- die Verunreinigung von Nachbargrundstücken durch Freisetzungsexperimente zu legalisieren und ungenehmigte gentechnisch veränderte Organismen (GVO) für die Verwendung als Lebens- und Futtermittel freizugeben. Bisher gilt: In der EU dürfen ungenehmigte gentechnisch veränderte Organismen (GVO) nicht einmal in kleinsten Spuren in Verkehr gebracht werden, d.h. in die Lebens- und Futtermittelkette gelangen. Ernten von Landwirten, in die Auskreuzungen aus Freisetzungsexperimenten gelangt sind, müssen vernichtet und die Landwirte entschädigt werden. Die CDU will diese Nulltoleranz aufheben und durchsetzen, dass ungenehmigte GMO in Verkehr gebracht werden dürfen.

Wir fragen Sie: Bleibt die CDU dabei? Will die CDU zum Verstoß gegen geltendes EU-Recht aufrufen? Will die CDU sich gegen die Sicherheitsphilosophie des EU-Zulassungsverfahrens stellen, wonach nur abschließend sicherheitsbewertete GMO in Verkehr gebracht werden dürfen? Will sich die CDU zugunsten eines gänzlich missverstandenen Fortschrittsbegriffs vom Prinzip der Verantwortung für Mensch und Umwelt verabschieden und diese bewusst den Gefahren der Gentechnik aussetzen?

- den Schutz ökologisch sensibler Gebiete und damit das Vorsorgeprinzip für Natur und Umwelt zu ignorieren. Bisher gilt: Bevor gentechnisch veränderte Pflanzen in Natura 2000-Gebieten ausgebracht werden dürfen, muss eine Verträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. Die CDU will den entsprechenden § 34 a des Bundesnaturschutzgesetzes, der dies vorsieht, ersatzlos streichen.

Wir fragen Sie: Bleibt die CDU dabei? Will die CDU das einzige – und ohnehin schon schwache – Instrument zum Schutz ökologisch sensibler Gebiete aufgeben? Will die CDU durchsetzen, dass gentechnisch veränderte Pflanzen selbst in ökologisch sensiblen Gebieten angebaut werden dürfen, obwohl die ökologischen Auswirkungen solchen Anbaus überhaupt noch nicht bekannt sind?

Sehr geehrte Frau Merkel, für uns ist nicht nachvollziehbar, warum eine große Volkspartei mit einem „C“ im Namen so einseitig auf eine Risikotechnologie setzt. Wir verstehen nicht, warum ein vages und unbelegtes Versprechen auf Arbeitsplätze Ihre Partei blind macht für die Gefahren einer Technologie, deren Auswirkungen für Mensch und Umwelt niemand seriös überblicken kann.

Deshalb appellieren wir an Sie: Setzen Sie sich in Ihrer Funktion als Parteivorsitzende der CDU und Kanzlerkandidatin der Union dafür ein,

- dass Ihre Partei ihre Positionen zur Agro-Gentechnik noch einmal gründlich überdenkt,

- dass eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion auf Dauer möglich bleibt,
- dass Ihre Partei ihrer Verantwortung gegenüber der Natur und der Mehrheit der Verbraucher und Landwirte gerecht wird.

Lassen Sie es nicht zu, dass über die Revision des Gentechnikgesetzes einer schleichenden gentechnischen Verunreinigung konventioneller und biologischer Ernten sowie von Natur und Landschaft Tür und Tor geöffnet wird!

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Dosch Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bioland e.V., Bundesvorstand Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. gezeichnet:

Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) e.V.

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) e.V.

Demeter-Bund e.V.

Gäa – Vereinigung Ökologischer Landbau e.V.

Gen-ethisches Netzwerk (GeN) e.V.

Greenpeace e.V.

IG gentechnikfreie Saatgutarbeit

Naturland – Verband für ökologischen Landbau e.V.

Naturschutzbund Deutschland (NABU) e. V.

Ökologischer Ärztebund e.V.

Zukunftsstiftung Landwirtschaft

=====

KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

09.09.05

Mehr Aroma aus Sägespänen / Steigende Rohölpreise beeinflussen Rezepturen der Nahrungsmittelindustrie

Stuttgart (ots) - Die steigende Preise für Rohöl schlagen sich auch in den Rezepturen für industrielle Lebensmittel nieder. Dies

berichtet der Ernährungsexperte Hans-Ulrich Grimm in einer aktualisierten Neuausgabe seines Buchklassikers "Die Suppe lügt".

Grimm bezieht sich dabei auf Meldungen aus Industriekreisen. So habe die norwegische Firma Borregaard, ein Zulieferer für

Geschmacksstoffe, eine Steigerung der Nachfrage um beinahe ein Drittel binnen eines Jahres verbuchen können. Borregaard ist

Spezialist für Vanille-Aroma, das aus Holz hergestellt wird, und dies ersetze jetzt zunehmend den sonst gebräuchlichen Rohstoff Erdöl.

Autor Grimm hatte in seinem Buch "Die Suppe lügt" erstmals enthüllt, dass etwa Erdbeeraroma nicht aus Erdbeeren, sondern zumeist aus Sägespänen hergestellt wird. Das Buch stand lange auf den Bestsellerlisten, wurde in mehrere Sprachen übersetzt und erscheint jetzt in einer überarbeiteten und aktualisierten Neuausgabe.

Originaltext: Klett-Cotta Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de URL steht nicht mehr zur Verfuegung. /story.htx?firmaid=8005>

07.09.05

Hilfe, es riecht gut! - Duftstoffe sind zweithäufigster Auslöser von Kontaktallergien

Baierbrunn (ots) - Duftstoffe sind nach Nickel der zweithäufigste Auslöser von Kontaktallergien. Allein in Deutschland geht man von einer Million Betroffenen aus. Seit März dieses Jahres besteht für 26 Duftstoffe eine Kennzeichnungspflicht. "Allergiker können sich daran orientieren", sagt Professor Dr. Axel Schnuch, Leiter des Informationsverbundes Dermatologischer Kliniken und Hautarzt an der Universität Göttingen, im Apothekenmagazin "BABY&Familie". Manche dieser Düfte besitzen nur geringes Allergiepotential. "Wirklich problematisch sind Eichenmoos (Evernia prunasti), Zimtaldehyd (Cinnamal) oder Isoeugenol", sagt Schnuch. Wer sich vor einer Allergie schützen will, sollte auf diese Stoffe besonders achten.

Das Apothekenmagazin "Baby&Familie" 9/2005 liegt in vielen Apotheken aus und wird kostenlos an Kunden abgegeben.

www.GesundheitPro.de > Button "Apotheken Magazine" > Presse-Service

Originaltext: Wort und Bild - Baby & Familie
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung.
[/story.htx?firmaid=54201](http://story.htx?firmaid=54201)

05.09.2005

Umfrage: Widerstand gegen Rauchverbot schwindet. HAMBURG. Der Widerstand gegen ein Rauchverbot in Deutschland schwindet. Immer mehr Deutsche befürworten ein generelles Rauchverbot in Gaststätten, wie eine Umfrage des Nachrichtenmagazins ...
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14376&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

01.09.2005

Feinstaubpartikel als tödliche Gefahr Experten fordert Senkung der Grenzwerte - Kleinste Teilchen am Schädlichsten <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050901018>

Ärzte weisen auf Verflechtung von Industrie und Selbsthilfe hin KÖLN. Auf die Verflechtungen der Patienten-Selbsthilfegruppen in Deutschland mit der pharmazeutischen Industrie hat die Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft (AkdÄ) hingewiesen. ...
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14349&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Die unliebsame Erbschaft der Kinder von Rauchern. Wer in einem Haushalt mit Rauchern aufwächst, hat möglicherweise lebenslang an den Folgen zu leiden. Denn an chronischem Husten leiden die Betroffenen in späteren Lebensjahren doppelt so häufig wie Kinder, die rauchfrei aufwuchsen. <http://gms-letter.de/cgi-bin/link/740/18561/823>

Wegen Infertilität ist jedes siebte Paar kinderlos. Jede siebte Partnerschaft in Deutschland bleibt wegen Fruchtbarkeitsstörungen bei einem oder beiden Partnern kinderlos.
<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=369995.4146./medizin/frauengesundheit>

=====

TERMINE

Internationaler Kongress - 20 Jahre Leben mit Tschernobyl - Erfahrungen und Lehren für die Zukunft

9. bis 12. März 2006 - Montforthaus, Feldkirch (Vorarlberg, Österreich)

Veranstalter: Otto Hug Strahleninstitut – MHM e. V., D
Land Vorarlberg, A
Europäische Arbeitsgemeinschaft „Mut zur Ethik“, CH
Österreichische Ärztekammer, A
Deutscher Verband für Tschernobyl-Hilfe e. V., D
Stiftung „Ein Herz für krebserkrankte Kinder“, L
Hippokratische Gesellschaft Schweiz, CH
u. a.

Schirmherr: Dr. Herbert Sausgruber Landeshauptmann von Vorarlberg

Ziele des Kongresses

Unmittelbar nach der Tschernobyl-Katastrophe hat der KGB vieles als „streng geheim“ klassifiziert. Es gab keine wahrheitsgemäße Dokumentation der radioaktiven Kontamination der betroffenen Gebiete, der Strahlenschäden bei der Bevölkerung und bei den Liquidatoren (Aufräumarbeitern).

Vor 20 Jahren verhinderte das Bemühen, die Katastrophe und ihre Folgen zu verschleiern, wichtige Maßnahmen, die zum Schutz der Bevölkerung hätten getroffen werden können. Und seit 1990 haben sich führende Industriestaaten konsequent daran beteiligt. Bis heute steht die Mehrzahl der Berichte zu Tschernobyl-Folgen unter dem Diktat und Einfluss mächtiger, von Atominteressen geleiteter Institutionen. International angesehen

Gremien reden noch immer von nur 31 Strahlentoten nach Tschernobyl. Von diesen wird nahezu jede Gesundheitsschädigung infolge von Tschernobyl abgestritten – inzwischen nur abgesehen vom Schilddrüsenkrebs bei Kindern. Es gibt jedoch immer mehr Wissenschaftler und andere Fachleute in

Ost und West, die sich dafür engagieren, die Wahrheit hinter den Verschleierungstaktiken offen zu benennen und den Menschen in der Region um Tschernobyl wirksam zu helfen. Das Ziel des Kongresses besteht darin, ungeschönt über die Situation der Menschen und ihrer Lebensbedingungen zu berichten, Lügen und Verschleierungsstrategien konkret zu benennen und Konsequenzen zu ziehen. Wir laden Ärzte, Wissenschaftler und andere Fachleute herzlich dazu ein, ihre unbequemen Forschungsergebnisse und Erfahrungen zu Tschernobyl vorzustellen und zu diskutieren. Wir laden alle interessierten Bürger, Tschernobyl-Initiativen, Politiker, Ärzte, Energiewissenschaftler und Behördenvertreter ein, zuzuhören, zu studieren, zu fragen und gemeinsam nach vernünftigen Maßnahmen zu suchen, bei denen das Wohl der Tschernobyl-Opfer und das Lernen aus der Katastrophe Vorrang hat vor der Unterstützung fragwürdiger nuklearer Prestigeobjekte.
Prof. Dr. med. Dr. h.c. Edmund Lengfelder, Kongresspräsident

Themen des Kongresses

Medizinische Probleme in Belarus, Ukraine, Russland: Wie haben sich die Daten für Erkrankungen z. B. der Schilddrüse, von Brustkrebs, Leukämie, Augenkrankheiten, teratogenen Schäden und für den Gesundheitszustand insgesamt verändert? Ergaben sich bereits neue Erkenntnisse zur Beurteilung der biologischen Strahlenwirkung?

Medizinische Probleme in Westeuropa: Gibt es auch Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung in anderen europäischen Staaten ? (z. B. auf Säuglingssterblichkeit, Fehlbildungen, Down-Syndrom, Krebs und Leukämie)

Sozialökonomische Aspekte: Welche sozialökonomischen Folgen gibt es für die betroffene Bevölkerung, für die Arbeitswelt, die gesundheitliche und allgemeine Versorgungssituation, die Bevölkerungsentwicklung?

Beispiele für die einheimischen staatlichen Maßnahmen und Hilfsprojekte von außen (z. B. von NGO)

Fragen zum Katastrophenmanagement: Ist der teure Bau eines Sarkophag-II erforderlich? Welche Gefahren gehen vom Tschernobyl-Standort noch aus? Gibt es neue Erkenntnisse zur Ursache der Katastrophe? Was passiert in der Sperrzone? Welche Lehren ergeben sich aus Tschernobyl für den Katastrophenschutz und die Risikobeurteilung des AKW-Betriebs im Westen?

Internationale Organisationen und Informationspolitik: Was leisten internationale Gremien wie ICRP, WHO, IAEA, EURATOM, UNSCEAR und andere zur Beurteilung und Überwindung der Tschernobyl-Folgen und was leisten sie nicht? Zielstellungen und Effektivität internationaler Programme, z. B. des CORE-Programms?

Programmkoordination und Anmeldung alle Länder außer Schweiz: Prof. Dr. Edmund Lengfelder, Strahlenbiologisches Institut der LMU, Schillerstraße 42, D-80336 München, Email:

lengfelder@lrz.uni-muenchen.de

Kongressbüro und Anmeldung aus der Schweiz: Tschernobyl 2006 Feldkirch, Email:

tschernobyl2006@gmx.net

=====

VEROEFFENTLICHUNGEN

Vom Werner-Fuss-Zentrum Berlin

Vom Land Niedersachsen werden schwerere und systematische Menschenrechtsverletzungen, tatsächlich sogar psychiatrische Folter, offen zugegeben.

Leider liegt uns erst jetzt ein Bericht des parlamentarischen Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung in Niedersachsen für das Jahr 2003 vor (den wir vollständig im Anhang beifügen). Auf den Seiten 9-11 dieses Berichts wird die Spitze des Kerkersystems mit Folterregime, das Willkürsystem der Zwangspsychiatrie, dokumentiert, wie es völlig losgelöst regelmäßig nicht mal die fadenscheinigen rechtlichen Minimalanforderungen erfüllt.

Dass diese Tatsachen bisher immer noch nicht von den Medien aufgegriffen wurden, obwohl sie die Bedingungen der Folter erfüllen sind, wirft ein sehr trauriges Licht auf diese angebliche "vierte Gewalt". Wir hoffen nun, dass nachdem die BRD erstmals wegen einer Menschenrechtsverletzung in der Psychiatrie vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt wurde (auch das Oberlandesgericht Bremen hat sich im Jahr 2000 einer Menschenrechtsverletzung schuldig gemacht!), die Medien endlich Licht auf die Schlangengruppe Psychiatrie und deren systematischen Foltermethoden werfen.

<http://www.justiz.sachsen.de>

Werner-Fuß-Zentrum <http://www.psychiatrie-erfahrene.de> , <http://www.die-bpe.de> ,
<http://www.antipsychiatrie.de> und <http://www.dissidentenfunk.de>

=====

POLITIK - BEHOERDEN

=====

BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

28/2005, 07.09.2005

Krisen kosten Geld, Vertrauen und bieten Chancen

Warner oder Entwarner: BfR will der Vielfalt der Meinungen das Orientierungswissen einer neutralen Institution entgegensetzen

Krisen verursachen enorme Kosten, materielle wie immaterielle, betriebswirtschaftliche wie volkswirtschaftliche. Aber längst nicht immer liegen Krisen reale, wissenschaftlich quantifizierbare Risiken zugrunde. Wer entscheidet, wann ein Sachverhalt zu einer Krise wird? Lassen sich Krisen vermeiden und welche Rolle spielt dabei die Wissenschaft? Diese und andere Fragen standen im Mittelpunkt der ersten Status-Konferenz, zu der das Bundesinstitut für Risikobewertung nach Berlin geladen hatte. Unter dem Titel „Was kostet eine Krise? - Fakten, Erfahrungen, Handlungsmöglichkeiten“ bot die Veranstaltung ein Forum für rund 150 Gäste aus Politik und Wirtschaft, Behörden und Wissenschaft, von Verbraucherschutzeinrichtungen und Medien. Ob eine Situation als Krise oder Chance empfunden wird, hängt stark von der Perspektive des Betrachters ab, der mit einer Vielfalt von Meinungen konfrontiert ist. „In der Entscheidungsphase kann das BfR neutrales Orientierungswissen bieten“, so der Präsident des Instituts, Professor Dr. Dr. Andreas Hensel. Voraussetzung sei eine sachlich fundierte, interessenfreie Risikobewertung, aber auch eine offene und verantwortungsvolle Risikokommunikation.

Existenzielle Krisen sind in unserer Überflussgesellschaft selten geworden. Gleichwohl haben Krisen, die im Zusammenhang mit Lebensmitteln oder verbrauchernahen Produkten stehen, auch heute noch immense Auswirkungen: Sie können mit erheblichen Risiken für die Gesundheit einhergehen, sie können Produkte oder ganze Produktgruppen diskreditieren, zum Zusammenbruch von Märkten führen und in allen betroffenen Bereichen erhebliche Kosten verursachen: Das hat die BSE-Krise gezeigt. Krisen kosten aber nicht nur Geld, sie kosten auch Vertrauen – in Produkte, Märkte und Institutionen. Versuche, das verlorene Vertrauen zurückzugewinnen, sind langwierig und durchaus nicht immer von Erfolg gekrönt. Im Rahmen einer Evaluation des BfR wurden 1.000 repräsentativ ausgewählte Verbraucher „nach dem größten gesundheitlichen Risiko“ befragt: 27,9 % der Befragten gaben an, sich vor „Risiken in Verbindung mit Lebensmitteln“ zu fürchten. Tatsächlich aber sind Lebensmittel unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten so sicher wie nie zuvor. Grund genug für das BfR, das Thema „Krise“ in den Mittelpunkt seiner ersten Status-Konferenz zu stellen. Ziel dieser Veranstaltungsreihe ist es, Probleme des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und die eigene Risikobewertung aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen und Interessen zu betrachten, die jeweiligen Standpunkte öffentlich darzulegen und zu diskutieren. Einige Ergebnisse der Veranstaltung haben wir im Folgenden zusammengefasst.

Krisen folgen keinem Plan, sie lassen sich nur sehr bedingt steuern, folgen eigenen Regeln und haben ihre eigene Dynamik. Trotzdem ist es sinnvoll, sich auf den Krisenfall vorzubereiten – das zeigt die Erfahrung: Je weiter die Auseinandersetzung mit einer Krise hinausgezögert wird, desto länger dauert sie an. Daraus resultiert: Je früher, planvoller und konsequenter sie angegangen wird, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, die Krise zu bewältigen.

Oft ist es die subjektive Risikowahrnehmung, das „gefühlte“ Risiko bei den Beteiligten, das ein Ereignis zu einer Krise macht. Diese Wahrnehmung wird von unterschiedlichsten Interessenlagen beeinflusst, dazu gehören persönliche Interessen ebenso wie die von Medien, Herstellern oder auch Forschern. Die subjektive Risikowahrnehmung ist damit ein wichtiger Faktor, der objektive Kriterien aber nicht außer Kraft setzen darf. Genau hier ist der wissenschaftlich fundierte Sachverstand einer interessenunabhängigen Institution gefragt. Sie kann zu einer sachorientierten Diskussion beitragen und damit die Funktion eines „Korrektivs“ übernehmen.

Alle, die einmal von einer Krise betroffen waren, sollten aus ihr lernen und sich die Mühe machen, eine Krise auch retrospektiv aufzuarbeiten. Diese Analyse kann Aufschlüsse über die Auslöser und eigene Fehler geben und ist damit ein unentbehrliches Instrument der Krisenprävention. Für die

Wissenschaft bedeutet das, Erkenntnisse frühzeitig, klar und verständlich an die Öffentlichkeit zu geben - ohne dabei voreilige Schlüsse zu ziehen. Denn: Nichts ist schwieriger, als eine einmal in der Öffentlichkeit getroffene Aussage zurücknehmen zu müssen. Einer verantwortungsvollen Risikokommunikation kommt dabei eine besondere Bedeutung zu: Sie muss sich der Herausforderung stellen, Wissen und Nichtwissen ehrlich zu kommunizieren, Fakten sauber von Schätzungen und Meinungen zu trennen.

So wichtig das Krisenmanagement, die Krisenbewältigung und ihre Analyse auch sind: Viele Krisen lassen sich vermeiden. Voraussetzung dafür ist, dass Entwicklungen aufmerksam beobachtet und sinnvolle Maßnahmen früh getroffen werden. Das gilt für Risikobewerter und -manager wie für die Wirtschaft gleichermaßen. Allerdings kostet auch das Geld. Die Erfahrung zeigt aber, dass die Kosten-Risiko-Nutzen-Analyse für frühzeitig ergriffene Maßnahmen eher positiv ausfällt, materiell (in Gewinnen oder nicht entstandenen Verlusten für Hersteller) wie immateriell (für abgewendete Gesundheitsgefahren und damit Einsparungen für den einzelnen Bürger, die Gesellschaft und die Volkswirtschaft).

Für beides, den Umgang mit der Krise wie für die Krisenprävention, sollte nach Ansicht der Konferenzteilnehmer gelten „Weg vom Aktionismus, hin zu einer effizienten und effektiven Priorisierung der notwendigen Aktivitäten“- hier liegen die Chancen.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie auf unserer Homepage (www.bfr.bund.de) unter dem Menüpunkt „Veranstaltungen/Programme, Abstracts und Manuskripte von früheren Veranstaltungen“.

Anmerkung Scherrmann:

Nachdem ich mir alle Vortraege bzw. pdfs anschaute, fand ich es sehr interessant,

- zu sehen, wer eingeladen wurde, zu reden
- zu lesen, wie manche Redner am Thema vorbeiredeten
- zu lesen, wie sehr hier an manchen Stellen das eigene Tun beweihräuchert wurde
- zu lesen, wie fixiert manche auf die Meinung der sogenannten Experten sind
- zu lesen, wie hier "subjektiv" und "objektiv" beschrieben wird.

Diese Tagung ist zwar ein wichtiger Schritt, manches anzusprechen, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Tagung viel zur Loesung der anstehenden Probleme fuer VerbraucherInnen beigetragen hat. Nach meinem inzwischen 11-jaehrigen aufmerksamen Lesen der Pressemitteilungen des BfR teile ich nicht die Ansicht von Prof. Dr. Dr. Heusel, dass „In der Entscheidungsphase das BfR neutrales Orientierungswissen bieten kann“, zumindest nur in wenigen Bereichen. Die Pressemitteilungen beziehen sich meist nur auf einzelne Punkte, und beruecksichtigen zu wenig die Gesamtsicht und die Gesamtbelastung. Ganz deutlich zeigt sich dies z. B. im Bereich Kosmetika, aber auch in anderen Bereichen.

=====

UBA - UMWELTBUNDESAMT

Dessau, den 08.09.05

Spürbarer Klimawandel auch in Deutschland: Höchste Zeit zur Anpassung

Umweltbundesamt sieht Nachholbedarf bei der Anpassung an Folgen des Klimawandels

Längere Trockenperioden, stärkere Regenfälle und zerstörerische Stürme sprechen nach Ansicht der meisten Klimaforscher eine klare Sprache: Der Klimawandel findet bereits statt – und dass auch in Deutschland. Wie spürbar der Klimawandel in Deutschland bereits ist und welche Folgen dieser mit sich bringen wird, zeigen zwei aktuelle Studien, die im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) unter der Leitung von Prof. Christian D. Schönwiese vom Meteorologischen Institut der Universität Frankfurt und von Prof. Wolfgang Cramer vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung entstanden sind. „Der Blick für bestehende und künftige Risiken der regionalen Klimaentwicklung ist zu schärfen“, sagt Prof. Dr. Andreas Troge, Präsident des UBA, zu den Studien. „Wir müssen nicht nur versuchen, das Ausmaß des Klimawandels wirkungsvoll zu begrenzen. Wir müssen uns auch schneller als bisher dem Klimawandel anpassen – etwa im Deichbau und dem Hochwasserschutz –, um zukünftige volkswirtschaftliche Schäden so gering wie möglich zu halten. Nach Aussage des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) könnten allein die volkswirtschaftlichen Schäden ab 2050 weltweit die Größenordnung von mehreren Billionen Euro pro Jahr erreichen, davon weit mehr als 100 Milliarden Euro allein in Deutschland.“

Die Stürme und Überschwemmungen haben sich weltweit im letzten Jahrzehnt gegenüber den 60er

Jahren verdoppelt bis verdreifacht, die volkswirtschaftlichen Schäden versechsfacht. Eine wesentliche Ursache hierfür: Das Klima ändert sich. Häufigere und heftigere Starkniederschläge, Hochwässer und Hitzewellen sowie ihre Auswirkungen sind auch in Deutschland spürbar. Kurzzeitige, extrem hohe Niederschläge und besonders warme Tage – speziell im Winter – treten viel häufiger auf, als noch vor 100 Jahren. Die Temperatur stieg in Deutschland in den vergangenen 100 Jahren um etwa 0,8°Celsius an. Dieser stetige Wandel wurde durch häufiger und heftiger werdende Wetterextremereignisse begleitet. Trotz anspruchsvoller Klimaschutzmaßnahmen, dürfte bis 2080 in Deutschland eine deutliche Erwärmung von etwa 1,8 - 3,6°C eintreten. Es wird mit zunehmend wärmeren, feuchteren Wintern und heißeren, trockeneren Sommern gerechnet. Die Wahrscheinlichkeit für extreme Hitzewellen, erhöhte sich in den vergangenen 100 Jahren bereits um mehr als das 20fache. Eine weitere Zunahme von Hitzewellen und überwiegend winterlichen Starkniederschlägen ist wahrscheinlich.

Vielfältige Risiken – teilweise aber auch Chancen – ergeben sich aus dem Klimawandel für den Naturschutz, die menschliche Gesundheit, die Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, sowie für Tourismus und Verkehr in Deutschland.

Für ganz Deutschland gehen Risiken vor allem von Hochwasser und Trockenperioden aus. Momentan besitzen Südwestdeutschland, die zentralen Teile Ostdeutschlands und die Alpen die höchste Anfälligkeit gegenüber dem Klimawandel. Die Gesundheit und der regionale Tourismus – der auf Wintersport setzt – sind vor allem gefährdet. Hier gilt es, zeitnah Anpassungsmaßnahmen, die in vielen Fällen bereits zur Verfügung stehen, umzusetzen.

Die Studien „Berechnung der Wahrscheinlichkeiten für das Eintreten von Extremereignissen durch Klimaänderungen – Schwerpunkt Deutschland“ und „Klimawandel in Deutschland – Vulnerabilität und Anpassungsstrategien klimasensitiver Systeme“ sowie ein Hintergrundpapier zu Klimafolgen und Anpassung sind unter der Adresse www.umweltbundesamt.de/klimaschutz sowie unter www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/index.htm abrufbar.

Weiterführende Informationen zu Fragen der Klimaänderungen und des Klimaschutzes sind unter www.klimaschuetzen.de zu finden.

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-048.pdf>

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-048.htm>

=====

Ende des newsletter/d/89

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert.

Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: + 49 7352 940529,

email: info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales

Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt